

# Inhalt der Sitzung vom 02.05.2011

## TOP Ö 1

### Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Dr. Erichsen von der Bürgeraktion „Verkehrsbetroffene“ bedankte sich für die erfreulichen Rückmeldungen auf die Anfragen der Bürgeraktion. Er fragte, ob der weitere Ablauf im Rahmen der Aktion über das Gemeindemitteilungsblatt publiziert wird.

Bürgermeister Schmitt sagte zu, dass man wie vorbesprochen, sofern Informationen vorliegen, diese gerne abdrucken werde, stellte aber gleichzeitig fest, dass im Gemeindemitteilungsblatt nicht die komplette Kommunikation der Bürgeraktion erfolgen kann. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass bald über Fakten berichtet werden kann, denn in Schwetzingen soll die Herabstufung der Straße noch in diesem Monat behandelt werden.

Ein Bürger fragte, ob es auch möglich sei, bei einer Anfrage nicht namentlich im Gemeindemitteilungsblatt genannt zu werden, was vom Bürgermeister bejaht wurde. Er sagte sodann, dass er am 16.12.2010 eine Anfrage zur Taktgebung der Ampelschaltung zwischen Eisenbahnstraße und Schwetzinger Straße gestellt habe und die Resonanz der Verwaltung bisher gleich Null gewesen sein. Er fragte, ob von der Verwaltung seither etwas unternommen wurde und regte an, ein Protokoll zu der Sachlage zu erstellen.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass die Ampelschaltung im Rahmen der alljährlichen Verkehrstagfahrt mit Polizei und dem zuständigen Landratsamt erörtert wird, diese bisher jedoch noch nicht stattgefunden habe.

Der Bürger fragte weiter nach dem Stand der Machbarkeitsstudie für die Straßenbahn und ob diese einsehbar sei. Bürgermeister Schmitt informierte, dass die Ergebnisse voraussichtlich im Juni vorliegen sollen.

Der Bürger fragte weiter, ob es dem Bürgermeister nicht weh tue, wenn er die Kreuzung der B535 nach Oftersheim sehe. Hierfür gäbe es nur die Möglichkeiten Bestechung, Dummheit oder Faulheit. Er fragte, ob die Bürgermeister hier nicht aktiv würden. Bürgermeister Schmitt verwies in diesem Zusammenhang auf die ausführliche Berichterstattung in der Presse.

Der Bürger meldete sich nochmals zu Wort und fragte nach dem Sachstand in der Angelegenheit „Pöschl“, worauf ihm der Bürgermeister antwortete, dass dieser unverändert sei.

## TOP Ö 2

### Entscheidung über die Annahme von Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Firma Mediaprint Infoverlag GmbH brachte in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung Bürgerinfobroschüren und Ortspläne heraus, die durch Werbung von ortsansässigen Gewerbetreibenden und Vereinen finanziert wurden (Anlage 1). Der Gemeinde entstanden keine Kosten. Zwischen der Humboldtschule und der Sparkasse Heidelberg wurde eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Die Schule erhält danach pro Kalenderjahr 600 €, zweckgebunden für schulische Projekte (Anlage 2). Die Plankstadter Liste spendete 30 Gießkannen für den Plankstadter Friedhof (Anlage 3).

GR Fredi Engelhardt (PL) bedankte sich im Namen der PL bei den Spendern und stimmte der Vorlage zu.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich im Namen der CDU und stimmte der Vorlage zu.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass die SPD die Anlage 1 ablehne, da kein Betrag genannt sei und der Gemeinderat kein Mitspracherecht hatte. Allem anderen könne man zustimmen.

GR Ulf Udo Hohl (GLP) sagte, die Spende von der Sparkasse komme jedes Jahr und man wolle seitens der GLP einen Bericht über die Verwendung des Geldes. Ab dem Jahr 2011 könne man der Verwendung des Geldes zustimmen, vorher nicht. Bei der Infobroschüre und dem Ortsplan wolle man sich enthalten, den Gießkannen könne man zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Anlage 1: Mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen von PL, CDU und BGM bei 3 Gegenstimmen der SPD und 2 Enthaltung der GLP

Anlage 2: Einstimmig bei 2 Enthaltungen der GLP

Anlage 3: Einstimmig bei 2 Enthaltungen der GLP

**TOP Ö 3**

**Rechnungsergebnisse bei der Abwasserbeseitigung**

**Ausgleich und Kostenüber-/und –unterdeckungen der Jahre 2009**

Das Kommunalabgabengesetz bestimmt, dass Kostenüberdeckungen und Kostenunterdeckungen innerhalb von 5 Jahren auszugleichen sind. Die verbleibende Gesamtüberdeckung bei der Abwasserbeseitigung aus dem Jahr 2009 beträgt 182.416 €: Dieser Betrag wird mit der Unterdeckung aus dem Jahr 2010 verrechnet, so dass sich eine Gesamtunterdeckung aus 2010 in Höhe von 136.894,57 € ergibt.

GR Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller(GLP) sagte, dass die Bevölkerung seit der Gebührenerhöhung sparsamer mit dem Wasser umgehe und gab die Zustimmung der GLP.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**TOP Ö 4**

**Aufhebung der gemeinsamen Werkrealschule Oftersheim-Plankstadt bzw. Einführung einer vertikalen Teilung**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung durch Bürgermeister Schmitt auf Bitte des Bürgermeisters der Gemeinde Oftersheim in den nichtöffentlichen Teil verlagert.

**TOP Ö 5**

**Fortschreibung der Kinderbetreuungsgebühren**

**1. Grundschulkinderbetreuung**

**2. Kindergartenbetreuung**

**3. Krippenbetreuung (in konfessionellen Kinderkrippen)**

1. Zum 01.09.2011 sollen die Gebühren für die Kernzeitbetreuung, Flexible Nachmittagsbetreuung, Hortbetreuung und das Paketangebot Kernzeitbetreuung & Hortbetreuung, das Ferienentgelt Kernzeitbetreuung & Hortbetreuung externer Kinder, sowie der Entgeltaufschlag für zusätzliche Ferientage geringfügig erhöht und damit den aktuellen Kosten angepasst werden.
2. Die Betreuungsgebühren für die Kinderbetreuung werden in Plankstadt nach dem Badischen Modell erhoben. Laut mehrheitlicher Aussage des Gemeinderatsgremiums soll dies auch weiterhin so gehandhabt werden. Die Betreuungsgebühren sollen analog der gemeinsamen Empfehlung von Kirchen und Gemeindegemeinschaft um rd. 2,1 % (Steigerung der Lohnkosten für Betreuungspersonal nach TVöD) angehoben werden. Wie mit dem Gemeinderat vorbesprochen sollen die Beiträge künftig jährlich analog der von Gemeindegemeinschaft in Absprache mit den Kirchen mitgeteilten Beitragsänderung angepasst werden.
3. Es wurde mit dem Gemeinderat abgesprochen, dass der Beitrag nach dem Badischen Modell in den kommenden fünf Kindergartenjahren (Beginn 2011/2012) in möglichst gleichmäßigen Schritten auf 90 % des jeweils von Gemeindegemeinschaft und Kirchen empfohlenen Betrags für die Kinderkrippe angepasst werden soll.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass die PL sich der Fortschreibung schon alleine wegen der landesweit ausgesprochenen gemeinsamen Empfehlung nicht verschließen wolle. Sie merkte jedoch an, dass die Gebühren in Plankstadt auf Wunsch der Gemeinderatsmehrheit weiterhin nach dem Badischen Modell erhoben werden und nicht, wie von Gemeindegemeinschaft und Landeskirchen empfohlen, nach dem Württembergischen Modell, was die PL sehr bedauere. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass dieses Thema schon diskutiert wurde und hier das Ergebnis diverser Vorbesprechungen vorliege. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass Gebührenerhöhungen immer unerfreulich seien, hier aber moderat ausgefallen sind. Für die SPD war es wichtig, das Badische Modell beizubehalten. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die Erhöhungen moderat seien. Der Erhöhung der Grundschulkinderbetreuung könne man zustimmen. Da man seitens der GLP aber keine automatische Gebührenanpassung in den Kindergärten bzw. Kinderkrippen wolle, lehne man den Rest ab.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

16 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6), SPD (3), die Stimme des Bürgermeisters

2 Nein-Stimmen GLP (2)

## **TOP Ö 6**

### **Kinderkrippe an der Humboldtschule: Abschluss eines Betriebsführungs- und Pachtvertrags mit Postillion e.V.**

Um mit dem Bau der Einrichtung beginnen zu können ist zwischen dem Postillion e.V. und der Gemeinde Plankstadt der Abschluss eines Betriebsführungsvertrags erforderlich. Die Baugenehmigung ist bereits erteilt. Um den Zeitplan mit einer geplanten Inbetriebnahme zum November 2011 einzuhalten, muss der Abschluss zeitnah erfolgen.

Zu diesem TOP war Herr Lenz von Postillion e.V. anwesend.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) bat um eine Stellungnahme von Herrn Lenz bezüglich der bisherigen Erfahrungen mit dem Provisorium in der Schwetzinger Str. 37 und nach einem halben Jahr nach Bau und Inbetriebnahme der Kindertagesstätte bei der Humboldtschule ebenfalls um einen Bericht im Gremium. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass der Vertragsabschluss das letzte Mosaiksteinchen sei. Postillion e.V. sei seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner und die Schaffung einer neuen Kinderkrippe sei erfreulich. Der ehrgeizige Zeitplan erfordere diesen zeitigen Abschluss. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (PL) sagte, dass es Wunsch der Verwaltung gewesen sei, nicht als Bauherr aufzutreten. Aufgrund offener Fragen gab sie die Ablehnung der GLP.

Herr Lenz berichtete, dass das Provisorium, das man zum 1. März 2011 mit einer sehr kurzen Vorlaufzeit in Betrieb genommen hatte, sehr gut angenommen wird. Die Kinder haben eine ¼-jährige Eingewöhnungsfrist. Die zusätzlichen Gruppen im Neubau werden ebenfalls jetzt schon nachgefragt. Die jetzt letztlich erarbeitete Lösung wird etwas günstiger als ursprünglich kalkuliert, was erfreulicherweise den Eltern zu Gute kommt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

16 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6), SPD (3), die Stimme des Bürgermeisters

2 Nein-Stimmen GLP (2)

## **TOP Ö 7**

### **Besetzung des Sanierungsausschusses im Rahmen der Ortskernsanierung und Auflösung des Partnerschaftsausschusses**

Gemäß § 41 Abs. 1 GemO kann der Gemeinderat zur Vorberatung seiner Verhandlungen beratende Ausschüsse bestellen. Im Gemeinderatsgremium war man sich einig, für die Durchführung der Ortskernsanierung einen Sanierungsausschuss zu bilden. Gleichzeitig kann Partnerschaftsausschuss aufgelöst werden, da der Partnerschaftsverein die Angelegenheiten der Partnerschaft gut betreut.

Die Fraktionen wurden gebeten für die Gemeinderatssitzung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Folgende Mitglieder wurden benannt:

Fraktion PL: Horst Kolb, Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler, Silke Layer, Stellvertreter: Fredi Engelhardt

Fraktion CDU: Andreas Berger, Andreas Wolf, Jutta Schuster, Stellvertreter: Prof. Dr. Udo Weis, Karl Schleich, Hans-Peter Helmling

Fraktion SPD: Jutta Schneider

Fraktion GLP: Sigrid Schüller

GR Stephan Verclas (PL) sagte, dass man die Vermengung von Sanierungsausschuss und Partnerschaftsausschuss nicht nachvollziehen könne und man beides lieber entkoppelt gesehen hätte. Inhaltlich habe man jedoch keine Einwände und er gab die Zustimmung der PL.

GR Udo Weis (CDU) schloss sich seinem Vorredner an und sagte, dass man lieber zwei getrennte Vorlagen gesehen hätte. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD. Die Vermengung sei schlecht. Er vermisse ein Wort des Dankes für all diejenigen, die die Jumelage seit über drei Jahrzehnten betreut haben.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) schloss sich den Ausführungen von GR Mende an. Die Vermengung sei schlecht. Der Partnerschaftsverein solle seine bisherigen Verdienste dem Gemeinderat präsentieren. Es bestünde keine Notwendigkeit den Partnerschaftsausschuss aufzulösen. Der Bildung und Besetzung des Sanierungsausschusses könne man zustimmen, der Auflösung des Partnerschaftsausschusses nicht.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

16 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6), SPD (3), die Stimme des Bürgermeisters

2 Nein-Stimmen GLP (2)

## **TOP Ö 8**

### **Anpassung der Hauptsatzung**

Die Hauptsatzung der Gemeinde Plankstadt trat am 20.11.2001 in Kraft und war im Wesentlichen die Version vom 12.09.1994, umgestellt auf die damals neue eingeführte Währung Euro. Die Änderung der Hauptsatzung wurde im Ausschuss und im Gemeinderat ausführlich vorberaten. Die erste Beratung fand bereits am 31.05.2010 statt und seither wurde das Thema mehrfach diskutiert. Auftretende Änderungswünsche wurden eingearbeitet, so dass am 28.03.2011 die Beratung zur Änderung der Hauptsatzung mit einem mehrheitlichen Konsens abgeschlossen werden konnten.

GR Stephan Verclas (PL) sagte, dass es sich hierbei um ein Thema von Befugnissen und Vertrauen handle. In den Vorberatungen sei ein Konsens gefunden worden. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass das Thema nun schon lange beraten werde. Die CDU habe die letzten Tage nochmals intensiv beraten, auch wegen Punkt 2.15. Sie war der Auffassung, dass man mit diesem Punkt nicht mehr die Zustimmung des Gemeinderats für Bauangelegenheiten brauche. Sie gab die Zustimmung der CDU,

wollte jedoch Punkt 2.15 durch die bisherige Regelung ersetzen.

Bürgermeister Jürgen Schmitt und BAL Boxheimer erklärten, dass auch weiterhin der Gemeinderat entscheide und deshalb einschalten werde. Lediglich wenige Änderungen wurden aufgenommen, welche sich jeweils auf bereits durch den Gemeinderat befürwortete Maßnahmen beziehen. Sie vermuteten, dass hier ein Missverständnis vorliege, was dann auch durch die Fraktion der CDU entsprechend bestätigt wurde.

GR Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD lediglich zur Einfügung von § 6 „Stellvertretung des Bürgermeisters“. Den Rest lehnte er für die SPD ab. Das Vertrauen in die Verwaltung sei gestört und müsse erst wieder aufgebaut werden.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass die GLP in letzter nichtöffentlicher Sitzung den Antrag gestellt hat, den TOP zu vertagen und zu einem anderen Zeitpunkt zu diskutieren. Es ginge hier darum Kompetenzen des Gemeinderats auf den Bürgermeister zu übertragen. Man könne aber auch einmal Kompetenzen des Bürgermeisters auf den Gemeinderat übertragen oder Kompetenzen des Gemeinderats auf die Bürger. Er nahm Bezug auf einen direkt vor Sitzungsbeginn abgegebenen Antrag der GLP einen weiteren Paragraphen einzuführen, der für unterschiedliche Themen Bürgerentscheide vorsieht.

GR Stephan Verclas (PL) verwies auf die Gemeindeordnung, in der die Durchführung von Bürgerentscheiden geregelt sei und sagte, dies sei kein Thema für eine Hauptsatzung.

Auf Antrag von GR Jutta Schuster (CDU) wurde um 20.00 Uhr die Sitzung unterbrochen. Um 20.10 rief der Bürgermeister die Verhandlung wieder auf und teilte mit, dass er den TOP zurückziehe, um den Antrag der GLP prüfen zu lassen. Diese Prüfung kann jedoch nicht ad hoc direkt in der Sitzung erfolgen.

Bgm Schmitt wies die GLP nochmals darauf hin, Anträge bitte so rechtzeitig abzugeben, dass den anderen Fraktionen und der Verwaltung eine Vorbereitung zu deren Behandlung möglich ist.

### **Abstimmungsergebnis:**

Vertagung

## **TOP Ö 9**

### **Sanierung Lessingstraße - Vergabe von Planungsleistungen**

Die Fahrbahn der Lessingstraße ist aufgrund des Alters und der Verkehrsbelastung in einem Sanierungsbedürftigem Zustand. Aufgrund des Umfangs der Maßnahme ist eine Ausführung in mehreren Bauabschnitten und verteilt auf mindestens zwei Haushaltsjahre vorgesehen. Im Hinblick auf städtebauliche Fragestellungen ist die Beteiligung eines Verkehrsplaners sinnvoll. Im Rahmen der Vorplanungen sollten Möglichkeiten der Neugestaltung und Neuordnung der Verkehrsflächen untersucht werden. Die Verwaltung hat Kontakt mit dem Verkehrsplaner Schröder von BS Ingenieure aufgenommen, die bereits den Verkehrsentwicklungsplan im Jahr 2004 sowie die vorherigen Generalverkehrspläne für Plankstadt erstellt haben. BS Ingenieure haben den Aufwand für die Sanierung der Lessingstraße auf 640.000 € zzgl. MwSt. geschätzt, das daraus folgende Gesamthonorar wurde mit 86.972,49 € inkl. MwSt. ermittelt.

GR Stephan Verclas (PL) sagte, dass man seitens der PL keine Zustimmung geben könne, da keine

Vergleichsangebote vorliegen. Es wäre besser, das Thema in den Ausschuss zu vertagen.

GR Andreas Berger (CDU) betonte die Sanierungsbedürftigkeit der Lessingstraße. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD ab. Die Berechnung sei nach HOAI erfolgt und damit rechtens, auch wenn einzelne Posten hoch erscheinen. Er forderte eine frühzeitige Bürgerbeteiligung.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man einen Verkehrsplaner brauche, man solle aber nicht alles auf einmal vergeben, sondern nur die Punkte bis zur Entwurfsplanung A 1 – A 3. Sie gab die Zustimmung der GLP.

BGM Schmitt informierte, dass man die Höchstsätze der HOAI bei dem Angebot weitestmöglich herunter verhandelt habe. Es gehe jetzt erst mal darum, Planungsalternativen zu erhalten und daraus gemeinsam mit dem Gemeinderat und den Anwohnern im Gegenstromprinzip eine mehrheitsfähige konkrete Planung zu entwickeln, welche dann umgesetzt werden könne. Die Gesamtsumme der Planungskosten werde über einen Zeitraum von 3 oder 4 Jahren anfallen. Im laufenden Jahr sei realistisch wohl mit einer Ausgabe von ca. 20 Tsd. Euro zu rechnen. Die Verwaltung werde jetzt erst einmal lediglich die Entwurfsplanung vergeben.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass der Bürgermeister gerade notwendige Informationen zur Entscheidungsfindung gegeben habe. Genau darum ging es der PL auch, nicht alles auf einmal zu vergeben. Man hätte das Ganze im UTB bereits vorbesprechen können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

12 Ja-Stimmen CDU (6), SPD (3), GLP (2), die Stimme des Bürgermeisters

6 Nein-Stimmen PL (6)

#### **TOP Ö 10**

##### **Bauvoranfrage zur Errichtung von 3 Reihenhäusern auf dem Einzelhausgrundstück Flst.Nr. 5106, Bruchhäuser Weg 12**

Der am Erwerb des o.g. Grundstücks interessierte Bauträger hat eine Bauvoranfrage zur Abweichung von der im Bebauungsplan „Bruchhäuser Weg“ festgesetzten Bauweise eingereicht, er plant drei jeweils sechs Meter breite Reihenhäuser mit einem 35° geneigten Satteldach, einer Wandhöhe von ca. 5,70 m und einer Firsthöhe von ca. 9,80 m.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass die GLP den Beschlussvorschlag ablehne.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit  
16 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6), SPD (3), die Stimme des Bürgermeisters  
2 Nein-Stimmen GLP (2)

### **TOP Ö 11**

#### **Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einzelhauses auf dem Doppelhausgrundstück Flst.Nr. 5028, Bruchhäuser Weg 17**

Die am Erwerb des o.g. Grundstücks interessierte Privatperson hat eine Bauvoranfrage zur Abweichung von der im Bebauungsplan „Bruchhäuser Weg“ festgesetzten Bauweise eingereicht. Geplant ist die Errichtung eines freistehenden Einzelhauses.

### **Gang der Aussprache:**

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.  
GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.  
GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.  
GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

### **TOP Ö 12**

#### **Bauvoranfrage zur Änderung der Bauweise auf den reihenhausgrundstücken Flst.Nrn. 5097 – 5100, Bgm.-Werner-Weick-Str. 40 – 46**

Der am Erwerb der vier o.g. insgesamt 1.035 m<sup>2</sup> großen Reihenhaushausgrundstücke interessierte Bauträger hat eine Bauvoranfrage zur Abweichung von der im Bebauungsplan „Bruchhäuser Weg“ festgesetzten Reihenhausbauweise eingereicht.

Der gesamte Innenblockbereich um die öffentlichen Grünfläche und den Kinderspielplatz ist geprägt von einer Reihen- und Doppelhausbebauung, also eine stärker verdichtete Bauweise als die Einzelhausbauweise. Davon sollte aus städtebaulicher Sicht nicht abgewichen werden.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.  
GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.  
GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.  
GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.



### **TOP Ö 13**

#### **Bauvoranfrage zur Errichtung einer Hausgruppe und von 3 Einzelhäusern auf den Grundstücken Flst.Nrn. 3055 und 3056, Eppelheimer Str. 46**

Die beiden o.g. Grundstücke liegen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Bruchhäuser weg“. Nach aus unbekanntem Gründen nicht realisierten Bauvoranfragen aus 2008 liegt eine Bauvoranfrage eines weiteren Bauträgers vor, der die beiden Grundstücke ungleich der vorgegebenen Baufenster vollkommen neu gestalten will. Diese Abweichungen vom Bebauungsplan machen vielmehr eine zeit- und kostenaufwändige Bebauungsplanänderung erforderlich.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass das Vorhaben optisch die Bebauung auflockern würde. Die Kosten für die Bebauungsplanänderung müsse aber der Bauträger übernehmen. Er gab die Ablehnung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

GR Andreas Wolf (CDU) sagte, dass man dem Antragsteller eine Richtung geben solle, wohin man wolle und was möglich sei.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst mit

12 Ja-Stimmen PL (6), SPD (3), GLP (2), die Stimme des Bürgermeisters

6 Nein-Stimmen CDU (6)

### **TOP Ö 14**

#### **Nachtragsbauantrag zur Errichtung eines Unterstandes für landwirtschaftliche Geräte auf dem Grundstück Flst.Nr. 2874 im 1. Mittelgewann**

Mit Bescheid des Baurechtsamts vom 29.04.2008 wurde auf den Grundstücken Flst.Nrn. 2872, 2873/1 und 2874 im 1. Mittelgewann der Neubau einer Lager- und Maschinenhalle genehmigt. Der gleichzeitig beantragte Maschinenschuppen wurde nicht genehmigt, weil die Gemeinde zwei derart groß dimensionierte Gebäude auf diesen Außenbereichsgrundstücken als landschaftsbildunverträglich eingestuft und das Einvernehmen versagt hat. Trotz Außenbereichsprivilegierung des Antragstellers ist ein 2. Gebäude neben der 20 m x 30 m umfassenden Lager- und Maschinenhalle an dieser Stelle nicht vertretbar. Nach Einschätzung der Verwaltung ist die als ersatzbau für Lagerflächen im jetzigen Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ errichtete Lager- und Maschinenhalle für den Fuhrpark und Gerätebestand des Landwirts ausreichend groß.

GR Horst Kolb (PL) beantragte Einzelabstimmung.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sagte, dass der Betrieb in beengter Ortslage ist, die Maschinen immer größer werden und der vorhandene Platz für den Betreiber schlicht nicht ausreichend ist. Daher lehnt die CDU die

Vorlage der Verwaltung ab und stimmen dem Bauantrag zu.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD ab.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, man solle sich mit der Lage der Landwirtschaft in Plankstadt befassen. In dem vorliegenden Fall sei der Platz nicht ausreichend und die Zukunft des Betriebes durch die Übernahme des Sohnes gesichert. Allerdings müsse die Begrünung um den Unterstand intensiviert werden. Die GLP lehne den Verwaltungsvorschlag ab und stimmen dem Bauantrag zu.

GR Fredi Engelhardt (PL) sagte, dass es in der Eppelheimer Straße überhaupt keine Unterstellmöglichkeiten gibt. Man solle den Betrieb mit einer Genehmigung unterstützen.

Bürgermeister Schmitt stellte klar, dass er das Vorhaben des Antragstellers nachvollziehen könne und er ihm nicht die Errichtung des Gebäudes missgönne. Er erläuterte, dass man sich über den generellen Kurs den man einschlagen wolle, klar sein müsse. Derzeit ist es so, dass der Landwirt, der noch landwirtschaftlich tätig ist und sein will, zusätzliche Hallen baut und in anderen Fällen von vorhandenen und nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Gebäuden solle die Verwaltung über Umnutzungsmöglichkeiten nachdenken. Dies passe nicht zusammen. Solange weiter Zubaubedarf im Bereich der Landwirtschaft bestehe, sei deshalb eine Befassung mit Nutzungsänderungen in vorhandenen landwirtschaftlichen Gebäuden nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt mit 10 Gegenstimmen von PL, CDU und GLP, bei 6 Ja-Stimmen von PL, SPD und BGM und 2 Enthaltungen von PL und GLP.

## **TOP Ö 15**

### **Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.03.2011 gefassten Beschlüsse**

BGM Schmitt wies auf die ortsübliche Bekanntmachung im Mitteilungsblatt und der Bekanntmachungstafel im Rathaus hin:

## **TOP NÖ 2**

### **Erwerb eines Grundstücks im Rahmen der Flurbereinigung**

Einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

## **TOP Ö 16**

### **Verschiedenes, Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat**

#### **Bekanntgaben des Bürgermeisters:**

Auch montags wird ab sofort, vorerst für eine Probephase von insgesamt 6 Wochen, ein Markttag abgehalten. Für die Feierlichkeiten zum Büchereijubiläum am Wochenende und den Bazar der katholischen Kirche wird um Rückmeldung der teilnehmenden Gemeinderäte gebeten.

Im Sommer wird am 11. August 2011 die RNF-Sommertour in Plankstadt stattfinden und am 18. August 2011 das Kurpfalzballonfestival.

Es gab eine Terminanfrage bei den betroffenen Bürgermeistern zur Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Straßenbahn für Mitte Juni.

Im Bebauungsplan „Siedlung“ ist für den Oberen Gartenpfad eine Spielstraße vorgesehen. Es wurde, gerade auch im Hinblick auf den entsprechenden Antrag der PL, in der Verwaltung geprüft, wie man dies mit möglichst geringem Finanzmitteleinsatz umsetzen kann. Nachdem nun jedoch Schwetzingen die Spielstraße auf dem Schlossplatz ohne höhengleiche Ausführung errichtet habe, werde die Verwaltung ebenfalls die Ausnahmemöglichkeiten in Anspruch nehmen und kurzfristig ohne Umbaumaßnahmen im Oberen Gartenpfad eine Spielstraße einrichten.

Zum Jubiläum sollen die um die Partnerschaft verdienten Bürgerinnen und Bürger, darunter auch Mitglieder des nun aufgelösten Partnerschaftsausschusses, eine Würdigung erhalten. Insofern sei der zusätzliche Hinweis der GR Mende und Hohl unter TOP 7 zwar gut gemeint, aber nicht notwendig gewesen, da eine Ehrung seitens der Verwaltung nicht vergessen wurde.

Am 18. November 2011 soll der erste Neubürgerempfang stattfinden.

#### **Anfragen aus dem Gemeinderat:**

GR Karl Schleich (CDU) wies darauf hin, dass das Buswartehäuschen beim Rathaus sanierungsbedürftig sei. Im Grund sei eine Baumscheibe, die von einer Bürgerin bepflanzt wurde, von der beauftragten Firma einschließlich der eingebrachten Pflanzen ausgegrast worden.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man im Hinblick auf den 30. Jahrestag der Jumelage den Bouleplatz einer Reinigungsaktion unterziehen sollte. BAL Boxheimer informierte, dass dies bereits vorgesehen sei und kommende Woche beginnen wird.

GR Gaby Wacker (SPD) fragte, wann mit dem Vorliegen der Bündelausschreibung zum ÖPNV zu rechnen ist. Bürgermeister Schmitt verwies auf den NÖT. Sie sagte weiter, dass der Sonnenschutz am Spielplatz „Gässeläcker“ als unzureichend betrachtet wird.

GR Gerhard Waldecker (PL) fragte, wie die Verwaltung mit den Anträgen der PL und SPD umgehen wird. Bürgermeister Schmitt sagte, dass man im Moment alle Alternativen prüft und dann im Ausschuss besprechen werde.

Waldecker sagte weiter, dass der Spielplatz im Antoniusweg in einem erbarmungswürdigen Zustand sei. Hier müssen neue Spielgeräte gekauft werden. Bgm Schmitt informierte, dass bereits neue Geräte angeschafft wurden und unmittelbar nach Erledigung der Arbeiten am Bouleplatz die Umgestaltung des Spielplatzes in Angriff genommen werde.

Er sagte weiter, dass eine Bürgerin nach eigener Angabe vom Ordnungsamt die Aussage erhalten habe, dass man aufgrund des bevorstehenden Dienstschlusses nicht mehr vor Ort kommen könne. Waldecker erkundigte sich weiter, wie die Bewohner in dem Gemeindehaus in der Schwetzingen Straße Fernsehen können? BAL Boxheimer sagte, es gäbe die Möglichkeit sowohl über Kabelanschluss als auch über eine eigene Satellitenanlage.

GR Ulrich Mende (SPD) sagte, man brauche im Rahmen der Bürgerinitiative eine Informationsveranstaltung und eine Verkehrsleitplanung. Er wies darauf hin, dass einige Straßenschilder von Zuwachs befreit werden müssen

und fragte, was nun mit der Gänsweid passiere, da hier in letzter Zeit illegale Müllablagerungen vorkommen? Bürgermeister Schmitt sagte, dass das Verhalten Einzelner traurig sei und man hier wohl einzäunen müsse.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass die Teilabstufung bis zur Czernybrücke in Heidelberg das ganze Verfahren wohl verzögere und man eine Teilabstufung zuerst hier in Plankstadt beantragen sollte. Sie forderte, das LKW-Verbot im Grund zu forcieren. Da immer mehr Vorgärten mit Steinen hergerichtet werden, sollte im Bauausschuss eine einheitliche Vorgehensweise besprochen werden.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, wann die Bürgerversammlung komme, da der Sanierungsausschuss ja nun bestellt sei. Bürgermeister Schmitt sagte, dass es keinen konkreten Termin dafür gebe, diese jedoch sobald konkrete Informationen vorlägen erfolgen solle.

Hohl fragte weiter, ob der Pächter vom Cafe noch derselbe sei, was vom Bgm bejaht wurde.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass die Büchereisatzung im Gemeindemitteilungsblatt anders abgedruckt wurde, wie die Sitzungsvorlage. Sie fragte, ob die Verwaltung dies für korrekt erachte. Bürgermeister Schmitt war verwundert, da diese angesprochenen Änderungen der Satzung in der damaligen Sitzung von ihr stammten und man vor dem Beschluss klar stellte, dass man diese in die Vorlage einfügen werde.

GR Stephan Verclas (PL) bat die Ampelschaltung vor dem Rathaus zu ändern.